

Stirbt mit der Sicherheit nicht nur die Freiheit sondern auch die Privatheit?*

Katharina von Knop

Leopold-Franzens-Universität Innsbruck

Der Einstieg in die Online-Zukunft darf nicht den Ausstieg aus wesentlichen Errungenschaften der Demokratie bedeuten. Und trotzdem ändern sich kulturelle Merkmale rasant. Der Cyberspace läuft Gefahr sich in eine perfekt überwachte Welt zu verwandeln.

Der gläserne Bürger ist längst Realität. Private Kontodaten sind im Internet offen lesbar², so oder ähnlich steht es in der Zeitung. Dass persönlichste Informationen für die ganze Welt verfügbar werden, gehört zum neuen Alltag in der Informationsgesellschaft. Ob es um digitalisierte private Krankengeschichten geht, um elektronisch gespeicherte Vorstrafenregister oder individuelle Vorlieben: Die Privatheit, zentrales Element der bürgerlichen Gesellschaft, droht unter den Eigengesetzlichkeiten des Internets verloren zu gehen. Denn von Datenschutz via Internet kann keine Rede sein, wenn Datenhaie ungestört und emsig dabei sind, Bürgerdaten zu facettenreichen virtuellen Biografien zu kombinieren. Für diese Datenschürfer ist der gläserne Bürger längst machbar geworden.

Tatsache ist, dass es bislang keinen Politikentwurf gibt, der Konsequenzen aus der massiven Überwachung der im Internet offen liegenden Privatheit zieht. Tatsächlich müsste zunächst einmal von einer „sich teilenden“ Privatheit gesprochen werden.

Zu unterscheiden ist nämlich zwischen einer weiterhin konventionell rechtsstaatlich geschützten Privatheit und einer anonym „abgreifbaren“ im Netz. Zum guten Regieren im Internet-Zeitalter wird es gehören, den drohenden Verfall der Öffentlichkeit in zerstreute, untereinander konkurrierende und koalierende „Netz-Öffentlichkeiten“ als entscheidende Gestaltungsaufgabe zu interpretieren. Nach Umfragen sind viele Internet-Nutzer davon überzeugt, dass ihre private Online-Aktivität nicht privat bleibt – das Surfen lassen sie dennoch nicht sein. Auch weiß der „Netzbürger“ nicht, welche Informationen wo über ihn gespeichert sind. Er weiß nichts darüber, ob diese Informationen richtig oder falsch sind und wer zu diesen Informationen Zugang hat. Ob seine elektronisch verschickten Informationen manipuliert oder kopiert werden, bleibt ihm ebenfalls verschlossen.

In Deutschland hat die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände untersucht, welche „Datenspuren“ der Einkauf im Internet hinterlässt. Das Ergebnis hat es in sich: Im Internet geht es längst nicht mehr bloß darum, beim Kauf eines Buches Name und Anschrift anzugeben. Zur Normalität gehört eben auch, dass die Nutzer dem Netz ihre Kreditkartennummer und Bankverbindungen, ihre Krankengeschichten und Medikamente preisgeben. Nur die wenigsten Anbieter von elektronischen Dienstleistungen legen offen, was sie mit den gesammelten privaten Daten eigentlich machen. Was folgt daraus? Vor allem wohl die Notwendigkeit, nach der Situation zu fragen, die eine digitale Eruption solchen Ausmaßes überhaupt ermöglicht. Wie kommt es, dass so viele glauben, sie müssten alles mitmachen

² Vortrag anlässlich der Pressekonferenz am 11. Juni 2003 in Düsseldorf

– beispielsweise eine eigene Homepage programmieren? Wozu soll dies nützlich sein? Der Bürger von morgen wolle seine Post elektronisch verschicken; er wolle im Netz einkaufen und chatten, seine Bankgeschäfte online abwickeln, vom Sessel aus seine „Behördengänge“ erledigen, sogar elektronisch seine Stimme als Wähler abgeben. Dies alles, so wird uns versprochen, werde das „neue Leben im Cyberspace“ ausmachen.

Auffällig ist die Enge der Vision. Wer die Gesellschaft und ihren vielschichtigen Alltag, den demokratischen Dialog, das notwendige Suchen nach Alternativen nur aus der Perspektive der Neuen Medien betrachten kann, dem spiegelt sich Zukunft fatalerweise immer nur aus dem Blickwinkel eines digitalen Weltbildes entgegen.

Er kann das Leben nur durch seine binär kodierte Brille wahrnehmen. In diesem technologischen Verständnis von Welt und Mensch liegen die Gründe dafür, dass der neue digitale Aufbruch so reduktionistisch, ja – im Wortsinne – geradezu asozial daherkommt. Hier, im erkennbaren Zusammenprall der gewachsenen Bürgergesellschaft mit dem Allmachtsanspruch der kulturell bislang nicht beherrschten digitalen Revolution, wird sich die Zukunft des westlichen Zivilisationsmodells entscheiden. Völlig offen ist, ob dieser Clash of Cultures überhaupt systemimmanent bewältigt werden kann. Noch ist auf der Ebene der Politik nicht angekommen, wie es etwa dem Bürger ergeht, der nicht Netzbürger sein will – und trotzdem zum passiven Datenlieferanten wird. Vorerst muss er damit rechnen, dass jene, denen er seine Daten nennt, nichts oder zu wenig tun, um die ihnen anvertrauten Informationen vor dem Ausspionieren im Internet zu schützen. Und wie ergeht es andererseits dem Netzbürger, wenn er im Web als Surfer auftritt? Mit jedem Klick auf einer Site gibt er jede Menge Informationen über sich und seinen Computer preis. Diese werden von speziellen Suchmaschinen „eingefangen“, in Servern protokolliert und mit Auswertungsprogrammen geordnet. Aus dieser Verknüpfung unterschiedlicher persönlicher Informationen wird die begehrte Ware detaillierter Nutzer- und Verhaltensprofile.

Längst befürchten Datenschützer, dass intime Netzbiografien auf dem Tisch von Personalchefs landen. Wie aus der Intimität der im Netz gefundenen Information am schlauesten weitere individuelle Verhaltenselemente herausdestilliert werden können, wird auf „Data-warehouse-Congressen“ diskutiert. Diese Praktiken schaffen einen neuen Grundsatz: Nichts Privates kann a priori vor neugierigen Zugriffen geschützt werden, sobald es auch nur irgendwie und irgendwo elektronisch übermittelt wird. Alle historische Erfahrung lehrt, dass der Demokratie förderliche Verhältnisse nicht im Selbstlauf aus dem Internet erwachsen werden.

Schon immer mussten technische Neuerungen – ob Buchdruck, Hörfunk oder Fernsehen – erst vom Volk ergriffen werden, bevor sie Stützen der weiteren Demokratisierung des Wissens werden konnten. Nur wenn die Chancen erkannt werden, könnte dies auch bei der Inbesitznahme der Internet-Technologie so sein. Freiheit oder Kontrolle? Gegenwärtig wird die einst freie Welt des Cyberspace gezielt in eine perfekt überwachte verwandelt.

Für die Zukunft von Demokratie und Bürgerrechten ist das schlecht. Angesichts von einer „noch perfekteren Kontrolle als in der realen Welt“ wird sich die Privatheit nicht schützen lassen. Wo aber könnte der normative Maßstab zur Beurteilung des digitalen Aufbruchs gewonnen werden? Fest steht, dass die Kernsubstanz unserer Gesellschaft sich nicht direkt nach Digitalien verlängern lässt. Schon immer standen Technik und Demokratie in einem



spannungsvollen Verhältnis. Mit dem Siegeszug des Internets entgleitet die Technologie der Politik. Reichen zur Beschreibung gesellschaftlicher Zukunft Metaphern wie die von der „Informationsgesellschaft“, von „Cyberspace“ und „elektronischem Handel“?

Die Versöhnung zwischen dem Internet und der nach ganz anderen Maßstäben konstituierten demokratischen Bürgergesellschaft hat noch nicht einmal begonnen. Gutes Regieren hat die demokratischen Bedürfnisse der auch weiterhin lokal verwurzelten Bürger mit ihren neuen Reiseinteressen hin zum virtuellen Weltbürgertum zum Ausgleich zu bringen. Sonst werden Historiker eines Tages beschreiben, wie infolge der digitalen Revolution am Ende des 20. Jahrhunderts eine zentrale Errungenschaft der bürgerlichen Revolution des 19. Jahrhunderts auf der Strecke blieb – die Privatheit.

